

Förderung der politischen Weiterbildung

Insbesondere durch die letzte Bundestagswahl hat sich gezeigt, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik nachhaltig gestört ist. Anders ist der Stimmenverlust der etablierten Volksparteien sowie das Erstarken diverserer ominöser Parteien, etwa der AfD, kaum zu erklären.

Um langfristige Veränderungsprozesse anzustoßen und „neuen frischen Wind“ in der Politiklandschaft zu gewährleisten, ist es daher notwendig, dass eine Verjüngung der Politik stattfindet. Mit der Wahl ihrer Minister hat Bundeskanzlerin Angela Merkel hierfür schon erste Grundlagen gesetzt, doch reichen Personalentscheidungen in der Parteispitze alleine nicht aus. Auch in der Basis muss dafür gearbeitet werden, dass Politik insbesondere für junge Menschen attraktiver wird. Und so gilt es, Personen, die schon früh bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, nicht nur zu fordern sondern auch zu fördern.

Die Shell-Jugendstudie zeigt, dass sich Jugendliche von den Politikern vernachlässigt fühlen und die etablierten Parteien als Apparate ansehen, auf die sich von außen kein Einfluss nehmen lässt. Dabei ist ihr politisches Interesse nicht gering, und gut ein Drittel engagiert sich auch u. a. für soziale Zwecke. Bei einem Durchschnittsalter von 59 Jahren muss sich die CDU also überlegen, warum wir nicht mehr Jugendliche für eine Mitarbeit in der Partei erreichen können.

Wir als Junge Union müssen hier als Jugendorganisation der CDU unsere Zuständigkeit sehen und dem Eindruck junger Interessierter entgegenwirken, dass sie in einer zunehmend alternden Partei generationsbezogen nichts erreichen können.

Es gilt, ggf. gemeinsam mit der Schüler Union klare Konzepte zu entwickeln, um die politische Weiterbildung zu fördern und aufzuzeigen, dass wir auch Jugendorganisation politische Einflussmöglichkeiten haben.

Zu diesem Zwecke wäre die verstärkte Nutzung moderner Kommunikationswege, etwa über Facebook oder Twitter, hilfreich, sodass sich auch Jugendliche außerhalb der Jungen Union einbringen und an einer Diskussion beteiligen können.

Wir als Partei müssen unserem Auftrag aus dem Grundgesetz, bei der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, gerecht werden und uns transparent zeigen sowie als eine politische Bildungsinstitution verstehen. Wir müssen uns Jugendlichen gegenüber in unseren Entscheidungsprozessen zunehmend offen präsentieren und ihnen zeigen, wie man an innerparteilichen Diskussionen mitwirken sowie zu einer Lösung beitragen kann. Auch müssen wir ihnen verstärkt die Möglichkeit geben, sich aktiv in der Politik bzw. in einer Partei beteiligen zu können. Ein Lösungsansatz könnte hier eine selbstgesetzte „Jugendquote“ sein, die -angelehnt an die Frauenquote- dazu beitragen würde, bei der Aufstellung von Kandidaten auch jüngeren, neuen Kandidaten die Chance auf ein politisch verantwortliches Amt einzuräumen.

Die Junge Union Rendsburg-Eckernförde fordert daher

- die Einrichtung von Online-Foren, in denen Jugendliche mit in der Politik Tätigen ins Gespräch kommen und mit ihnen diskutieren können.
- Entscheidungsprozesse zunehmend auch über soziale Medien darzustellen, u auch für jüngere Menschen Transparenz zu gewährleisten.

- 48
- 49
- 50
- 51
- 52
- die Bereitstellung von öffentlichen politischen Bildungsmaßnahmen, insbesondere in der Führung von Streitgesprächen sowie Entscheidungsfindung innerhalb von Parteien.
 - die Setzung einer Jugendquote bei der Aufstellung von Kandidaten für inner- und außerparteiliche Wahlen.